

Bürgerforum fordert auch Rückzug aus der Mehrheitsbeteiligung der EW Höfe AG am Fernwärmeprojekt Galgenen

Wegen zu hohem Verschuldungsrisiko hatte der Bezirksrat am 8. August bekanntgegeben, er werde nun doch kein Sachgeschäft für 80 Millionen zusätzliche Steuerausgaben zum Ausbau des Fernwärmeprojekts der EASZ AG, Galgenen, an die Urne bringen. Er wolle aber am Projekt und finanziellen Engagement der EW Höfe AG als Hauptaktionärin (75.33%) festhalten. Nun verlangt das Bürgerforum Freienbach auch den Ausstieg aus der Mehrheitsbeteiligung der bezirkseigenen EW Höfe AG.

Das Bürgerforum dankt dem Bezirksrat für diese erste, wichtige Etappe des Ausstiegs aus dem Fernwärmeprojekt, beanstandet aber die weitere Risikotragung der EW Höfe AG als unzumutbar für die Höfner Bevölkerung.

Weil die EW Höfe AG zu 100% dem Bezirk gehört, würden den Höfnern via Stromkosten und Steuern in Zukunft dennoch untragbare Lasten auferlegt. Hinzu kämen jahrelange, riesige Umweltschädigungen und Verkehrsbehinderungen: Da die 80-Millionen-Zusatzverschuldung des Bezirks nun wegfällt, könnte der Leitungsbau ohnehin nur noch in kleinsten Etappen erfolgen. Eine Fertigstellung des Gesamtprojekts über unzählige Kilometer ist nicht mehr glaubhaft.

Nebst dem drohenden Finanz-Fiasko und der Einschränkung der Lebensqualität ist dieses Fernwärme-Abenteuer aber auch als Ganzes unzeitgemäss. Es kann keineswegs auf 50 bis 70 Jahre hinaus eine bessere Versorgungssicherheit garantieren, wie behauptet wurde. Allein schon die ungenügenden Holzvorräte in der Schweiz lassen erwarten, dass der Betrieb wegen unbezahlbaren Rohstoffkosten in Kürze eingestellt oder zumindest sehr stark eingeschränkt werden müsste. Aber auch die Entwicklungen auf dem Energiespeichermarkt – hin zu unabhängigerer Energieversorgung im Kleinen – würden das Fernwärmekraftwerk in Galgenen absehbar mit grossem Kollateralschaden scheitern lassen.

Die EW Höfe AG hat keinen Leistungsauftrag für das Fernwärmeprojekt, riskiert aber mit seiner Mehrheitsbeteiligung an der EASZ AG, dass die auftragsgemässe, optimale Energieversorgung im Bezirk Höfe insgesamt gefährdet wird. Mit folgenden Anträgen fordert das Bürgerforum vom Bezirksrat deshalb einen entscheidenden zweiten Schritt, der das Risiko-Engagement des Elektrizitätswerks Höfe betrifft:

1. Es sei durch den Bezirksrat zu veranlassen, dass der weitere Netzausbau der EASZ AG auf dem Gebiet des Bezirks Höfe wegen fehlender Projektplausibilität und Planungslogik und zu hohem finanziellem Risiko unverzüglich gestoppt wird und die hängigen Leitungsbau-Projekte unter Erfüllung aller erforderlichen Sicherungsmassnahmen beendet werden.
2. Es sei die EW Höfe AG durch den Bezirksrat aufzufordern, öffentlich bekanntzugeben, wann und wieviel sie seit ihrem Einstieg als Hauptaktionärin in die EASZ AG investiert hat und wie diese Leistungen im Detail verbucht und ausgewiesen wurden.
3. Es sei durch den Bezirksrat sicherzustellen, dass jegliche Quersubventionierung zu Gunsten der Fernwärmebezügler in den Bezirken March und Höfe via Inkasso der EW Höfe AG bei den Höfner Gas- und Strombezügern unverzüglich gestoppt wird.

4. Es sei durch den Bezirksrat zu gewährleisten, dass das Heizkraftwerk in Galgenen, das sich zu 75.33 Prozent im Besitz der Höfner Bevölkerung befindet, nicht mehr in erster Linie Fernwärme für den Bezirk March produziert, sondern vor allem preisgünstigen Winterstrom für den Bezirk Höfe.
5. Es sei durch den Bezirksrat zu veranlassen, dass die Reduktion der Beteiligung der EW Höfe AG an der Galgener EASZ AG unverzüglich eingeleitet wird. Mit dem Bezirk March und seinen Gemeinden sei die Übernahme der Aktien, die momentan im Besitze der EW Höfe AG sind, gemäss ihren realen Wärmebezüger-Anteilen zu regeln (d.h. gemäss der Anzahl der verbindlich geschlossenen Verträge mit der EASZ in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet zu einem bestimmten Stichtag). Zur Gewährleistung des Höfner Vorrangs für Strombezug in Zeiten erhöhten Bedarfs habe ein anteilmässiger Aktienbestand für den Bezirk Höfe und die Höfner Gemeinden bei der EW Höfe AG zu verbleiben.
6. Es sei vom Bezirksrat sicherzustellen, dass Grossbezüger gegenüber den Kleinbezügern nicht vertraglich bevorteilt werden können. Die bisher abgeschlossenen und auch die neuen Verträge seien vollständig offenzulegen, und es sei ein transparenter Einheitstarif festzulegen. Auch für Grossbezüger habe dieselbe Vertragsdauer wie für private Bezüger (Kleinkunden) zu gelten.

Wie schon im Mai vorgebracht, fehlten die im öffentlichen Interesse erforderlichen, genauen Analysen, Abklärungen und Abwägungen offenbar schon zu Beginn. Nun hat der Bezirksrat die Aufgabe, den bereits angerichteten Schaden zu begrenzen und durch den zweiten Ausstiegsschritt ein immer grösseres Fiasko zu vermeiden.

Irene Herzog-Feusi
Präsidentin Bürgerforum Freienbach



Fotobeilage: Fernwärmeleitungsbau in Pfäffikon